

7. Weitere Ueberführung gemeinnütziger Betriebe in städtischen Besitz, insbesondere solcher zur Erzeugung elektrischer Kraft. Ausgestaltung des Verkehrs- wesens.

8. Förderung des gewerblichen Mittelstandes durch Verbesserung des Sub- missionswesens, Ausschaltung der Schmutzkonzurrenz, wirksame Maßnahmen zur Beseitigung der Kriegsschäden.

9. Vorbildliche Gestaltung der Gehalts-, Lohn- und Dienstverhältnisse städ- tischer Beamten, Lehrer und Arbeiter; Arbeiter- und Beamtenbeiräte; Aufstieg be- fähigter Unterbeamten und Lehrer in höhere Dienststellen ohne Rücksicht auf Vor- bildung und abgelegte Prüfung; Anpassung der Gehälter und Ruhegehälter an eine verschärfte wirtschaftliche Lage; besondere Fürsorge für kinderreiche Familien, jedoch so, daß etwaige Zuschüsse nicht Bestandteile des Lohnes und Gehaltes bilden, viel- mehr muß der Grundsatz: „gleiche Arbeit, gleiche Bezahlung“ gelten.

10. Weitgehende Arbeiterfürsorge, besonders bei Arbeitslosigkeit und Arbeits- unfähigkeit. Unentgeltliche Auskunftsverteilung in Rechts- und Versicherungsfragen.

11. Abschaffung der Beschränkung der bürgerlichen Rechte bei Empfang städ- tischer Unterstützung.

12. Uebernahme der persönlichen Schullasten, Armenlasten und der Lasten für das Gesundheitswesen durch den Staat.

Wählt Liste 2 (5)

Sie allein garantiert jedem Wähler, daß die vorstehenden Forderungen verwirklicht werden.

STADTARCHIV
BRAUNSCHWEIG

Verlag: Demokratische Volkspartei, Braunschweig. Wahlbüro für Anmeldungen: Steinftr. 2, Telefon: 214. -- Druck: Albert Rimbach, Braunschweig.

Wahlen 1919/20 Nr. 2

